scheiterten an der entschlossenen Abwehrfront einer echten Volksgemeinschaft, die sich in der Stunde der Gefahr von selbst zusammengefunden hat, in der sich ohne Befehl von oben sozialistische Krupparbeiter neben Schlageters Studenten niederschießen ließen und Generaldirektoren mit Eisenbahnern das Gefängnis dem Verrat am Vaterland vorzogen. Ohne diese Betätigung der Schicksalsverbundenheit über alle Parteischranken hinweg wäre nicht nur das Ruhrgebiet, sondern das ganze Rheinland im Jahre 1923 verlorengegangen. Das ist die wertvollste Lehre, die uns bleibt, und gerade auf die gegenwärtige Lage wieder zutrifft. Es ist Zeit, daß sich Deutschland durch innere Einigung der Opfer würdig erweist, die von den Ruhrkämpfern gegen fremde Herrschsucht und innerdeutsche Zersetzung gebracht wurden.

*

Zu gleicher Zeit mit dem Westen begeht auch der deutsche Osten einen traurigen Gedenktag, den vor zehn Jahren erfolgten Verlust des Memellandes. Das Reich hatte zwar schon im Friedensvertrag auf alle Rechte auf das Memelgebiet verzichten müssen. Der Landstreifen befand sich in französischer Militärverwaltung, doch die Franzosen wußten für ihre eigenen Interessen nichts damit anzufangen, und die Memelländer strebten eine ähnliche freistaatliche Verfassung an, wie sie Danzig aufgezwungen worden war. Auf der anderen Seite des Memelstromes aber war Litauen als Staat neuerstanden und sah sehnsüchtig nach dem deutschen Gebiet als Ergänzung seiner Wirtschaft und Ausgang zum Meer. Nie in der Geschichte war Memel litauisch gewesen, die Bevölkerung kerndeutsch, aber was hat das zu sagen, wenn das Reich in seiner Schwäche wehrlos und noch dazu im Westen durch den Ruhreinmarsch der Franzosen mit allen nationalen Energien in Anspruch genommen ist? In der Nacht zum 15. Januar kamen 500 in Zivil gekleidete litauische Soldaten über die Grenze, knallten in der Luft herum, während die französische Truppe widerstandslos abzog, und das Memelland war litauisch. Die Sanktionierung des Handstreiches ging wie am Schnürchen: im Februar bereits übertrug die Pariser Botschafterkonferenz Litauen die Souveränität über das Memelland mit einigen, später im Memelstatut festgelegten Einschränkungen, die auf die Gewährung einer niemals ernst genommenen kulturellen Autonomie hinausliefen. Was dann in den zehn Jahren litauischer Herrschaft folgte, war eine ununterbrochene Kette von Demütigungen und Schikanen für die deutsche Bevölkerung und ein zäher Kampf um die Selbsterhaltung des Deutschtums gegen die artfremde Herrschaft. Durch den glänzenden deutschen Wahlsieg im vergangenen Jahre haben die Memelländer im voraus die Litauer Lügen gestraft, die sich jetzt anschicken, den Gewaltstreich vor zehn Jahren als eine „spontane Erhebung der Memelländer" in Freudenfesten zu feiern. Wir gedenken in diesen Tagen dankbar auch ihrer Treue mit dem Gelöbnis, daß die Memelfrage mit den anderen ungelösten Ostfragen nicht aus dem deutschen Gedächtnis schwindet, solange im Deutschlandlied — „von der Maas bis an die Memel" — der Name der ältesten ostpreußischen Stadt noch klingt.

Der Arbeitsminister über das Jugendnotwerk

Bielefeld, 9. Jan. Reichsarbeitsminister Dr. Syrup sprach in Bielefeld im westfälisch-lippischen Wirtschaftsbund über das Jugendnotwerk und den freiwilligen Arbeitsdienst. Mehr als eine Million männlicher Jugendlicher und 400 000 weiblicher Jugendlicher seien arbeitslos und wüchsen ohne Berufserziehung und Arbeitszucht heran. Wirkliche Hilfe könne nur aus der natürlichen Gesundung der Gesamtwirtschaft kommen. Die industrielle Erzeugung sei heute auf den Stand der mittleren 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, auf 5/6 v. H. des Erzeugungsvolumens der letzten Vorkriegsjahre zurückgeworfen worden. Nunmehr mehrten sich aber deutlich erkennbare Anzeichen, daß

die Deflation im wesentlichen abgeschlossen

sei. In welchem Umfange die Maßnahmen der Reichsregierung — die Steuergutscheine, die Beschäftigungsprämien und die öffentliche Arbeitsbeschaffung — bei dieser Entwicklung mitgewirkt hätten, ließe sich zur Zeit schwer beurteilen. Der freiwillige Arbeitsdienst sei in erster Linie ein Ausdruck des starken Lebenswillens der deutschen Jugend. Die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Stehenden sei von 74 000 im Sommer 1932 auf mehr als eine Viertelmillion zu Ende des Jahres gesprungen. Die volkserzieherische Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes liege im wesentlichen bei der arbeitsdienstwilligen Jugend selbst. Besonders bei den älteren Arbeitsdienstwilligen erwecke der Arbeitsdienst auf dem Lande eine

starke Neigung zur Siedlung auf eigener Scholle.

Die Reichsregierung sei von der Notwendigkeit, so schnell und so viel als möglich zu siedeln, überzeugt, und geeignete Arbeitsdienstwillige würden auch die gebührende Berücksichtigung finden. Siedlungsmöglichkeiten würden aber nur im begrenzten Umfange Hilfe schaffen können. Dagegen sei das Bestreben der Arbeitsdienstwilligen besonders beachtenswert, die Dienstkameradschaft auch nach Beendigung des Arbeitsdienstes in der Form der Selbsthilfe und der Kameradschaftshilfe fortzusetzen. — Aus dem Gedanken der Selbsthilfe sei das Notwerk der deutschen Jugend entstanden, zu dem der Reichspräsident und die Reichsregierung aufgerufen haben. Das Notwerk solle die öffentliche und die freie Hilfsarbeit für die arbeitslose Jugend zusammenfassen und durch Reichsmittel fördern. Die für diesen Winter vom Reich bereitgestellten Mittel genügten, um 500 000 junge Leute in der gedachten Weise laufend zu unterstützen.

Die Organisation des Arbeitsdienstes

Berlin, 9. Jan. Sämtliche großen Verbände, die Träger des Arbeitsdienstes sind, haben sich zur „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträger-Verbände" zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich den planmäßigen Ausbau des Arbeitsdienstes in Verbindung mit dem Reichskommissar zum Ziel.

Die Agrarnot in Ostpreußen

Berlin, 9. Januar. Auf einer Sitzung des Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen in Berlin hielt der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, einen Vortrag über die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen. Dr. Brandes führte u. a. folgendes aus: Nach den bis jetzt vorliegenden Abschlüssen für das Wirtschaftsjahr 1931/32 haben nur 20 v. H. der landwirtschaftlichen Betriebe Ostpreußens ihre Zinsen und sonstigen Ausgaben aus den Einnahmen bezahlen können. 80 v. H. sind dazu nicht mehr in der Lage gewesen. Hieraus folgt, daß der bisher beschrittene Weg individueller Hilfe nicht zum Ziele führt, sondern daß es generelle Ursachen sind, die diese Katastrophe herbeigeführt haben. Generelle Ursachen lassen sich aber nur durch generelle Maßnahmen bekämpfen.

Der Korridor ist eine der Hauptursachen.

Aber er ist nicht die einzige Ursache, denn die generelle Not der Landwirtschaft ist keineswegs auf Ostpreußen allein beschränkt. Die Prozentsätze der Minusbetriebe sind in Ostpreußen aber erheblich höher als im übrigen Deutschland. Vom Jahre 1927 bis jetzt sind über 600 000 Morgen in Ostpreußen zwangsversteigert. Unter Sicherungsschutz stehen 12 000 Betriebe mit 2,6 Millionen Morgen, das sind 25 v. H., der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Als nicht mehr sanierungsfähig werden 900 Betriebe mit 400 000 Morgen angesehen. Aus diesen erschütternden Zahlen ergibt sich die Notwendigkeit, grundsätzlichen Wandel und ganz andere Methoden eintreten zu lassen, wenn man überhaupt auf die Erhaltung der Provinz Wert legt.

Braun-Severings Pressepolitik

Die Verluste des Staates

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Januar. Ueber die Staatsgelder, die die Regierung Braun—Severing an Pressenunternehmungen gegeben hat, wird in einer Denkschrift der preußischen Oberrechnungskammer mitgeteilt, daß im Rechnungsjahr 1930 1 189 000 RM. verausgabt wurden. Auch im nächsten Jahre wurden unter der Bezeichnung „zur Pflege und Förderung kultureller Belange in den Grenzgebieten" zur Beteiligung an Zeitungen insgesamt 850 000 RM. verausgabt. Ein „außerordentlicher Notstand", zu dessen Beseitigung diese hohen Staatsmittel aufgewendet werden mußten, ist von der Regierung Braun—Severing darin erblickt worden, daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existierten, die die Politik „im Sinne der Staatsregierung" stützten. Im Widerspruch zu dieser Begründung steht allerdings die Tatsache, daß an Korrespondenzen, die in Berlin ihren Sitz hatten, hohe Summen gegeben wurden, damit diese die öffentliche Meinung im Sinne der Braunschen Politik beeinflußten. Die Oberrechnungskammer hat die Verrechnung der genannten Mittel für unzulässig erklärt. Sie weist noch darauf hin, daß für die Verwaltung der „Zentralen Verlagsgesellschaft m. b. H.", durch deren Hand die Mittel gingen, die entstandenen Unkosten außerordentlich hoch sind. So sind zum Beispiel an den Geschäftsführer dieser Gesellschaft, deren Personal insgesamt nur aus drei Personen bestand, neben hohen Tagegeldern bei Dienstreisen 18 000 Mark Gehalt, über 4000 Mark Aufwandsentschädigung und 2000 Mark Urlaubsvergütung, sowie an den Buchhalter 10 000 Mark und 1000 Mark Urlaubsvergütung jährlich gezahlt worden. Der kommissarische preußische Finanzminister hat bereits die Auflösung dieser Gesellschaft, die von der Oberrechnungskammer schon zu Zeiten der Braunschen Regierung gefordert worden war, vorgenommen. **Daß der größte Teil der als Darlehen oder Beteiligungen gewährten Geldmittel vollkommen verloren ist, steht schon jetzt fest.**

Dr. Bennecke zum Fall Hentsch

In drei überfüllten Versammlungen sprach am Montagabend der Landtagsabgeordnete und SA.-Führer Dr. Bennecke seiner Ankündigung entsprechend zum Fall Hentsch. Er kennzeichnete die aus diesem Anlaß von der Linkspresse entfesselte Propaganda gegen die NSDAP. als politisches Geschäft. Bisher stehe nur fest, daß Hentsch unter unbekannten Umständen ermordet wurde und daß kurz darauf drei SA.-Männer, die mit ihm zu tun hatten, verschwanden. Alles übrige bedürfe noch der Aufklärung. Im einzelnen erklärte dann Dr. Bennecke die Umstände seiner angeblichen „Flucht ins Ausland". Dabei war es ihm nicht schwer, Falschmeldungen verschiedener Berliner Zeitungen der Lächerlichkeit preiszugeben. Einzelne Mitteilungen müssen nach der Behauptung des Redners unter Bruch des Amtsgeheimnisses an die gegnerische Presse gegeben worden sein. Die NSDAP. und die SA. sähen der weiteren Entwicklung der Angelegenheit sehr ruhig entgegen. Die Nationalsozialisten, erklärte Dr. Bennecke, würden auch dem Antrag auf Aufhebung seiner Immunität im Landtag zustimmen, damit an die Aufklärung gegangen werden könne, die durch die Ermittlungen der Presse bisher jedenfalls nicht gefördert worden sei.

Der Redner richtete Angriffe gegen die sächsische Regierung, weil sie keine Schritte unternehme, um die unzulässige und sogar strafbare Hentsch-Informationen gewisser Behörden an die Linkspresse zu verhindern. Bevor der Fall nicht von den zuständigen Stellen so aufgeklärt sei, daß man den Tatbestand und die Zusammenhänge kennt, könne kein Urteil darüber abgegeben werden. Die Ausführungen klangen aus in ein Bekenntnis zur Führung Adolf Hitlers. Auf ein näheres Wissen Dr. Benneckes um die Umstände, unter denen Hentsch starb, konnte man aus seinen Darlegungen nicht schließen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden, Cuno Meyer, nahm in seinen Ausführungen ebenfalls auf den Fall Hentsch Bezug. Er erklärte, die notwendige Aufklärung liege in der Hand der Polizei und der Gerichte. Selbst wenn sich durch die amtliche Untersuchung die Vermutungen über den Tod Hentsch' bestätigen sollten, so verbitte es sich die 12-Millionen-Bewegung des Nationalsozialismus immer noch, deshalb als Mörderpartei verschrien zu werden.

Austritt aus der DNVP.

Oldenburg, 9. Jan. Wie WTB. meldet, hat der bisherige deutschnationale Landtagsabgeordnete Studienrat Osterloh, der seit dem vorigen Jahr auch Vizepräsident des Landtags war, in einem Schreiben an den Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt, daß er aus der Deutschnationalen Volkspartei ausscheide und gleichzeitig sein Landtags- und auch sein Stadtratsmandat niederlege. Er erklärt, daß er im kommenden Entscheidungskampf auf der Seite Hitlers stehen werde.

Mißtrauensvotum gegen den Lübecker Senat

Lübeck, 9. Januar. Die Lübecker Bürgerschaft nahm heute nach lebhafter Aussprache einen nationalsozialistischen Mißtrauensantrag gegen den gesamten Lübecker Senat mit 49 gegen 31 Stimmen an. Da aber die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erzielt wurde, ist eine zweite Lesung erforderlich, die in der nächsten Woche stattfinden soll.

Frankreichs Dank. Der Reichsaußenminister empfing den französischen Botschafter François Poncet, der ihm den Dank der französischen Regierung für die Rettungsaktion des deutschen Schiffes „Ruhr" und für das Beileid der deutschen Regierung übermittelte.

Versailles ist die Quelle allen Unheils

Die Deutschen Verbände zum 10. Januar

Berlin, 9. Januar. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Wieder jährt sich, jetzt schon zum dreizehnten Male, der Tag, an dem das Versailler Diktat in Kraft trat. Endlich ist jetzt durch das Genfer Dezemberabkommen anerkannt worden, daß Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung nicht mehr versagt werden kann. Die neue Konvention, die Teil V des Versailler Diktates ersetzen soll, muß Deutschland

die gleiche Freiheit, die gleichen Waffen, die gleiche nationale Sicherheit wie den anderen Völkern

geben. Wir verlangen die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung und unzweideutige Vereinbarungen auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten.

Wir bringen aber auch ebenso deutlich zum Ausdruck, daß die Lösung bald erfolgen muß, daß ein längeres Verschleppen nicht mehr möglich ist und nicht mehr geduldet wird, daß der Bruch der Verpflichtung der anderen zur Abrüstung Deutschland die Handlungsfreiheit wiedergibt. Deutschland steht im schwersten Kampf um Arbeit und Brot, um das nackte Leben seines Volkes. Es ist auch heute noch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch übermäßige Zahlungen an das Ausland belastet. Es kann in seinem engen und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages verkümmerten Raum nicht leben. Es braucht eine Ausweitung dieses Raumes durch Arbeitszuwachs.

Beides kann nur geschaffen werden durch Beseitigung der Hemmnisse, wie sie die Friedensdiktate errichtet haben.

Heute müssen die ehemaligen Empfänger und Nutznießer der deutschen Tributzahlungen gegen die Abtragung ihrer Schulden die gleichen Gründe anführen, die Deutschland früher vorbrachte. Europa und die Welt leiden heute nicht nur unter dem Krieg, sie leiden unter den Friedensverträgen, die die Kriegsfolgen nicht beseitigt haben, die vielmehr selbst Wurzel des Unheils geworden sind. Nur durch ihre Revision kann daher Besserung kommen. So ist der Kampf um die Revision der Friedensverträge gleichzeitig ein Kampf um die Neuordnung Europas. Das neue bessere Europa kann nur durch gleichberechtigte Völker geschaffen werden.

Der Aufruf ist unterzeichnet vom Präsidenten des Ausschusses Dr. Heinrich Schnee, Gouverneur a. D., und vom geschäftsführenden Präsidenten Dr. phil. h. c. Hans Draeger.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 9. Januar. In der Sachverständigenkommission für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz äußerten sich heute nachmittag je ein Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Der britische Redner Leith-Ross ließ deutlich durchblicken, daß ohne eine vorherige oder gleichzeitige Regelung der interalliierten Kriegsschuldenfrage mit einem Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz nicht zu rechnen sei. Der Amerikaner Williams dagegen vertrat die Ansicht, daß durch internationale Zusammenarbeit in der Schuldenfrage, durch Sanierung der Währungen und durch Abbau der Zölle etwas zu erreichen sein müßte. Der Franzose, Professor Rist, warnte insbesondere vor jeder künstlichen Preiserhöhung und variierte wieder den französischen Gedanken der Schaffung eines gemeinsamen Fonds für die Stabilisierung der Währungen. Die Aussprache wird morgen fortgeführt.

Neue Stillhalteverhandlungen

Berlin, 9. Januar. Dr. Schlieper (DD-Bank), Dr. Jeidels (Berliner Handelsgesellschaft), Geheimrat Kastl (Reichsverband der Deutschen Industrie) und Dr. Simon (DD-Bank) reisen am Montagabend nach London, wo am 10. Januar eine neue Sitzung des Studien-Ausschusses für die Stillhaltekredite, und zwar in einem erweiterten Kreise, stattfindet. Es besteht die Möglichkeit, daß die neuen Besprechungen sich über eine Woche hinziehen, sie dienen der letzten Vorbereitung der Berliner Stillhaltekonferenz, die am 30. Januar beginnt.

Devisenregelung mit Norwegen

Berlin, 9. Jan. Die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung zur Regelung der Zahlungen für den Warenverkehr zwischen Deutschland und Norwegen haben zu einer Einigung geführt. Danach können künftig Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Devisengenehmigung sind, soweit ihre Devisenkontingente für die Bezahlung von Warenbezügen aus Norwegen nicht ausreichen, die fehlenden Beträge in Reichsmark auf das bei der Reichsbank für die norwegische Nationalbank errichtete Sonderkonto einzahlen. Diese Markbeträge werden dann zur Bezahlung deutscher Lieferungen nach Norwegen verwendet. Die neue Regelung tritt gegenüber Norwegen am 10. Januar 1933 in Kraft.

Was wird mit den „gefährdeten Betrieben"?

Berlin, 9. Januar. Ende dieses Monats läuft die Bestimmung der Notverordnung vom 5. September 1932 ab, die den „gefährdeten Betrieben" eine Unterschreitung der tariflichen Löhne ermöglichte. Ueber die Frage, was weiter werden soll, wird berichtet, daß der Gedanke, die durch die Aufhebung des § 7 der Septembernotverordnung entstandene Lücke durch eine ähnliche Bestimmung auf dem Verordnungswege auszufüllen, fallengelassen worden ist. Es soll der Versuch gemacht werden, die bisher durchgeführten Lohnsenkungen zunächst durch freiwillige Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien im Einzelfalle aufrechtzuerhalten, und im übrigen durch die Schlichter und die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen darauf hinzuwirken, daß beim Neuabschluß nach Möglichkeit Klauseln für die Lohnunterschreitung bei gefährdeten Betrieben in die Tarifverträge eingebaut werden. Insgesamt sind überhaupt nur in etwa 25 bis 30 Betrieben, meist kleineren Umfanges, derartige Lohnsenkungen durchgeführt worden.

Vor schweren Kämpfen um Jehol

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Januar. Die Entwicklung im Fernen Osten wird allgemein mit größter Spannung verfolgt, weil sie zeigt, daß der Ausbruch schwerster Kämpfe dicht bevorsteht. In Nanking hat eine Generalkonferenz der Chinesen stattgefunden, auf der der schärfste Widerstand gegen die neuen angekündigten Angriffe der Japaner vorbereitet wurde. Die Chinesen haben alle verfügbaren Truppen an der Grenze der Provinz Jehol konzentriert, woraus schon ersichtlich ist, daß sie zum äußersten Widerstand entschlossen sind. Die Japaner scheinen aber ihre Absicht, die Provinz Jehol dem chinesischen Einfluß zu entziehen, nicht aufgegeben zu haben. Die Chinesen wollen Telegramme aus Tokio aufgefangen haben, in denen bereits das Bombardement auf die chinesischen Verteidigungslinien an der Grenze der Provinz angekündigt sind. Die Japaner wiederum nehmen Plünderungen in Tschingwangtao zum Anlaß, um ein weiteres Eingreifen ihrer Truppen zu motivieren.